

Leistung in der Lage sind. Sie dürfte demnach statistisch auch nicht anders behandelt werden, wie die übrigen öffentlichen Abgaben, die bei Festsetzung des Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten nach Maßgabe der Mittelungen des Statistischen Reichsamts über die Reform der Reichsindexziffer im 5. Heft des 5. Jahrgangs 1925 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ nicht in Erscheinung treten. Die durch die statistische Sonderbehandlung der Mietzinssteuer erfolgende, zu irrümlichen Schlüssen Anlaß gebende künstliche Hinaufschraubung der Gesamtmeßzahl der Lebenshaltungskosten kann schwerlich im Interesse breiter Bevölkerungskreise und vor allem der Wirtschaft liegen.

— (Die Entwicklung der staatlichen Kraftwagenlinien) zeigen folgende Zahlen: die Zahl der Linien in Sachsen betrug im Septemler d. J. 168 gegen 113 im September 1927, die kilometrische Länge der Linien 2855 gegen 1874. Die Zahl der beförderten Personen belief sich auf 2 189 863 gegen 1 363 247 und die der gefahrenen Kilometer auf 906 173 gegen 592 678.

— (Kraftpostfahrt.) Auf der Kraftpostlinie Kamenz—Pulsnitz wird am Sonntag, den 18. November außer den planmäßigen Fahrten folgende Verbindung hergestellt: Ab Kamenz (Postamt) 1330, an Pulsnitz (Hauptmarkt) 1400 Ab Pulsnitz (Hauptmarkt) 1545, an Kamenz (S.) 1620

— (Mütterberatung) findet statt am Dienstag, den 20. November, nachmittags 3/4 3 Uhr in der Schule zu Lichtenberg. Arzt wird anwesend sein.

— (Sofortige Zahlung von Verkehrsstrafen.) Das Anschwellen des Automobilverkehrs hat zu einer bedenklichen Überlastung der Behörden geführt, die von den Kraftwagenbesitzern selbst oft recht fahrlässig empfunden wird. Um den behördlichen Verkehr zu steuern und den Kraftwagenbesitzern Zeit und Konferenz zu ersparen, hat der Verband sächsischer Automobilbesitzer e. V., Dresden, in einer Eingabe an zuständiger Stelle den Vorschlag gemacht, nach bewährtem ausländischen Muster eine Verordnung zu erlassen, wonach die Verkehrsstrafe sofort an Ort und Stelle die Zahlung von Polizeibüro für Verkehrsvergehen erheben können, auch wenn ein höherer Betrag als 1 Mark in Frage kommt. Die Zahlungen sollen natürlich nicht obligatorisch sein und dürfen nur dann verlangt werden, wenn das Vergehen nicht bestritten wird. Mit der sofortigen Zahlung würde sich der schuldige Fahrer dann jeder gerichtlichen Weiterung entziehen. Im Ausland hat man mit dem abgekürzten Verfahren, das vor wenigen Wochen übrigens auch in Frankreich eingeführt wurde, auf beiden Seiten gute Erfahrungen gemacht.

Großröhrsdorf. (Auszeichnung.) Aus Anlaß der Vollendung einer 25-jährigen ununterbrochenen Dienstzeit bei der Großröhrsdorfer Elektrizität G. m. b. H. hat die Handelskammer Zittau den Herrn Maschinenmeister Paul Köhlsche, hier, und Elektromonteur Richard Schöne, Frankenthal, das Ehrenzeichen in Bronze nach Ehrenurkunde verliehen. — (40 Jahre im Dienst.) Am Sonnabend feierte ein verdienter Beamter des Postamts, Herr Oberpostschaffner Ernst Thonia, das 40-jährige Dienstjubiläum.

Kamenz. (Wochenmarkt.) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a. Rosenkohl 65, Rotkraut 20, Weißkraut 15, Spinat 30, Möhren 15, Zwiebeln 20, Blumenkohl 20—60, Tomaten 30—35, Wein 50—100, Aepfel 20 bis 40, Birnen 10—25, Quitten 35, Pfirsiche 60—80 Pfg. das Pfund, schwarze Rettiche 10, Kohlrabi 10—15 Pfg. das Stück, Gänse 100—110 Pfg. das Pfund. — Der Auftrieb auf dem Viehmarkt bestand aus 6 Rindern.

Ottendorf-Dorf. (Autounfall.) Ein hiesiges Auto fuhr in der Nacht zum Montag gegen 12 Uhr auf der Straße nach Lössnitz gegen einen starken Baum. Das Auto stürzte um und begrub, wie wir hören, Fahrer und Insassen unter sich. Die Insassen eines anderen hiesigen Autos fanden das verunglückte Fahrzeug, hoben es und brachten eine Insassin zum Arzt. Der Fahrer konnte seinen Wagen dann mit Unterstützung eines Kollegen heimwärts bringen. Das Unglück hätte leicht bedenklichere Folgen haben können.

Bischofswerda. (Rechtsanwalt Dr. Peißel.) In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ist nach kurzer Krankheit Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Peißel im 54. Lebensjahre gestorben. Die Lokalzeitung widmet ihm einen ehrenden Nachruf.

Dresden. (Kommunistische Lehrertagung und Leipziger Lehrerzeitung.) Aus Kreisen der christlichen Elternschaft wird uns geschrieben: Die Leipziger Lehrerzeitung, das bekannte radikale Organ des Leipziger Lehrervereins, veröffentlicht einen Bericht über die kürzlich in Berlin stattgefundene Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer Deutschlands. Die Konferenz soll sich darüber einig gewesen sein, im Jung-Spartakus-Bund eine lebendige politische Kinderbewegung zu schaffen, in der kommunistische Lehrer und Jugendleiter innig zusammenarbeiten müssen. Im übrigen fehlte es auf dieser Konferenz nicht an Beurteilungen der Haltung der Sozialdemokratie in der Schulfrage. Sie wurde als klassenverräterische Kulturpolitik bezeichnet. Die Schule müsse zu einer Klassenkampfschule umgewandelt werden. Und es dürfe kein auf bürgerlichem Boden stehender Lehrer mehr angestellt werden. Der von sozialistischer Seite gebildeten Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer wurden ebenfalls heftige Vorwürfe gemacht. Bezeichnenderweise findet die Leipziger Lehrerzeitung im Anschluß an den Bericht kein Wort entschiedener Beurteilung über diese kommunistischen Schulziele. Dagegen bringt dieselbe Leipziger Lehrerzeitung in jeder Nummer zahlreiche Angriffe gegen die christliche Schulbewegung.

Pirna. (Hinauswurf aus der kommunistischen Partei.) Wie die Linkspresse berichtet, ist der hiesige bekannte Kommunist Karl Winkler, der auch einmal Stadtverordneter war, wegen Unterschlagung von Geldern der K. P. D. befreundeter Organisationen und wegen seines die Partei zeretzenden Verhaltens mit seiner Frau aus der

Partei entfernt worden. Wenn spätere Generationen mit dem Namen der heutigen Tagesgeschichte kaum noch einen Begriff verbinden, dann wird noch jedes Schülchlein den Namen des Mannes wissen, der der Vater der deutschen Währung und damit der Vater der deutschen Zukunft geworden ist: Dr. Hans Luthers.

Die Schichau-Werke durch Polen gefährdet.

Reichshilfe dringend erforderlich. Der polnische Staat scheint auf dem Wege zu sein, sich in Danzig und Elbing durch Erwerb der Schichau-Werke weitere polnische Vorposten zu schaffen. Die Lage der Werke ist, da Kriegsschiffaufträge fast völlig fortgefallen und durch die Loslösung Westpreußens, für Deutschland gefährdend.

Deshalb beschäftigte sich der Haushaltsausschuß des Reichstags mit dieser Frage, insbesondere, ob das Reich dem Schichau-Werk Kredite zur Verfügung stellen könne. Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei traten entschieden für eine Hilfsaktion ein und forderten in dieser entscheidenden Frage ein geschlossenes Auftreten der Reichsregierung. Ostpreußens Wirtschaft, sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie, könne die Hilfe des Mutterlandes nicht entbehren.

Die Sozialdemokraten und Demokraten sprachen sich gegen die Reichshilfe für die Schichau-Werke aus, während das Zentrum sich seine Stellungnahme vorbehielt.

Der Reichsarbeitsminister vermittelt im Eisenkonflikt.

Düsseldorf. Der Reichsarbeitsminister weilt am Donnerstag mit einer Anzahl von Referenten seines Ministeriums in Düsseldorf, um im Auftrag der Reichsregierung den Versuch zu unternehmen, die Differenzen im Eisenkonflikt beizulegen, nachdem die letzten Versuche des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, eine Schlichtung herbeizuführen, infolge ablehnender Haltung beider Gruppen gegenüber den Bergemännischen Vorschlägen sich als ergebnislos erwiesen haben. Der Minister besprach sich zunächst mit dem Regierungspräsidenten, um von diesem einen Überblick über die Situation zu erhalten und namentlich die Gründe zu erfahren, aus denen heraus die Bergemännische Aktion gescheitert ist.

Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß es sich nicht um eine Stillelegung, sondern um eine Aussperrung handele, also ein Arbeitskampf im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorliege und demzufolge die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung nicht in Frage kommen könne.

In der märkischen Eisenindustrie haben die Arbeitgeber die geforderte Lohnerhöhung unter Hinweis auf die immer ungünstiger werdende Wirtschaftslage abgelehnt und die allgemeine Kündigung zum 30. November beschlossen. Durch diese Kündigung werden etwa 300 Betriebe mit etwa 35 000 Arbeitern betroffen.

Poincarés Regierungserklärung.

Paris. Am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr hat sich das neue Kabinett Poincaré der französischen Kammer

und dem Senat mit seiner neuen Regierungserklärung vorgestellt, deren Text vom Kabinettsrat am Mittwoch festgelegt worden ist. Es handelt sich um ein verhältnismäßig kurzes Dokument. Die Erklärung beginnt mit einem

Appell an die „republikanische Eintracht“.

deren Beibehaltung unbedingt notwendig sei, um das Werk des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues fortzusetzen und zu vollenden. Mit Rücksicht auf gewisse Empfindlichkeiten vermeidet es Poincaré, auf die Haltung der Radikalsocialen während der letzten Regierungskrise anzuspielen; dagegen zählt er die einzelnen Punkte auf, die zu dem Konflikt mit dem Finanzausschuß der Kammer geführt haben, und macht gleichzeitig Vorschläge für die Lösung dieses Konflikts. Der letzte und wesentlichste Abschnitt der Regierungserklärung bezieht sich auf die gegenwärtig schwebenden

Verhandlungen über die endgültige Lösung des Reparations- und Schuldenproblems.

und Poincaré wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß es für die Regierung unbedingt erforderlich sei, sich gerade auf diesem Gebiete einer starken parlamentarischen Mehrheit gewiß zu fühlen.

Zusammentreten der Sachverständigen-Kommission erst Anfang nächsten Jahres?

Botschafter v. Hoesch bei Poincaré.

Paris. Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte eine einstündige Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré, in der die Aussprache über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zur Regelung der Reparationsfrage fortgesetzt wurde.

In der Unterredung hat Herr v. Hoesch den Standpunkt der Reichsregierung ausführlich entwickelt, während der Ministerpräsident dem Botschafter eine kurze Ausarbeitung über die Haltung Frankreichs überreichte. Was die Zusammenfügung der Sachverständigenkommission und den Tagungsort betrifft, so scheinen die Schwierigkeiten nicht mehr unüberwindlich zu sein. Da es jedoch notwendig ist, noch einen besonderen Schritt zu unternehmen, um die Mitarbeit amerikanischer Sachverständiger zu gewinnen, ist es wenig wahrscheinlich, daß die Sachverständigenkommission noch vor Beginn des nächsten Jahres zusammentritt. Als Tagungsort ist entweder Brüssel oder Paris in Aussicht genommen.

Manius Arbeit im Flugzeug.

Bukarest. Der rumänische Ministerrat hat unter dem Vorsitz des neuen Ministerpräsidenten Maniu beschlossen, eine durchgreifende Säuberung des gesamten Verwaltungsapparates durchzuführen. Zunächst werden alle Einsetzungen und alle Posten, die nur nominell besetzt waren, deren Inhaber aber keine Dienste leisteten, aufgehoben. Weiter wird eine Razzia auf Dienstautos durchgeführt werden. Wie festgestellt wurde, gab es einzelne Ministerien, die nicht weniger als 47 Autos in Betrieb hatten. Auch jeder Präfekt hatte mehrere Autos zu seiner Verfügung. Nunmehr darf jedes Ministerium nur noch ein einziges Auto behalten, während die anderen öffentlich versteigert werden.

Sturz nicht erlitten, er konnte sogar bei der erneut vorgenommenen Einsetzung wieder mitwirken.

Klingenthal. („Nette sich, wer kann!“) Als ein Lieferwagen der Cardinetfabrik Hermann Zeh G. m. b. H. in Auerbach die Staatsstraße Steinöbbera—Göringenthal entlangfuhr, versagte plötzlich die Bremse und der schwere Wagen kante die steile Staatsstraße hinab. Der Kraftwagenführer Harimann, der die Gefahr erkannte, rief den Mitfahrern, dem kaufmännischen Angestellten Gräbner aus Auerbach und dem Beifahrer Württemberger, zu: „Nette sich, wer kann!“ Darauf sprangen alle drei ab. Während Württemberger mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davontam, blieben Gräbner und Harimann mit schweren Schädelbrüchen tot liegen.

Kreuz. (Wau der Grenzlandbahn Dresden—Kottbus—Guben—Kreuz.) Die Provinzialverwaltung der Grenzmark hat sich, nachdem längere Zeit über die verschiedenen Grenzlandbahnprojekte diskutiert worden ist, nicht für die Grenzlandquerbahn von Frauštadt nach Kreuz, sondern für den Bau der Bahn Dresden—Kottbus—Guben—Kreuz erklärt. Es werden also Bemühungen gemacht werden, den Bau dieser Bahn, dessen Kosten auf etwa 40 Millionen Mark veranschlagt sind, baldmöglichst in die Wege zu leiten.

Zwidau. (Ein teurer Spaß.) Von der Linksmehrheit des Bezirkstages in Zwidau wurde bei Beratung des Haushaltsplans für das Bezirksheim und Bezirksgut Wiesen beschlossen, die im Haushaltsplan eingelegten 300 Mark für den Anstaltsgeistlichen zu streichen. Zum Schluß mußte allerdings die Amtshauptmannschaft die Mehrheit darauf aufmerksam machen, daß, da der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Werdau den Haushaltsplan für die gemeinsamen Bezirksanstalten unverändert angenommen habe, sich wohl eine gemeinsame Tagung beider Bezirkstage nötig machen würde. Die Kosten dieser Sitzung dürften sich wahrscheinlich auf etwa 1500 Mark stellen, so daß die Ersparnis von 300 Mark ein recht teurer Spaß sei.

Freiberg. (Blühender Apfelbaum und Maikäfer im November.) Auf dem Rittergut Mulda steht ein Apfelbaum das zweite Mal in voller Blüte, was wohl auf die milde Witterung der letzten Zeit zurückzuführen ist. Bei Postschaffner Kämmler in Mulda fanden sich beim Pflanzen eines Baumes eine größere Anzahl lebender Maikäfer.

Inserate für alle Zeitungen
vermittelt vollständig kostenlos
Geschäftsstelle des „Pulsnitzer Tagesblattes“

